

diejenigen Genossen, die sie sich von "verfalls" genommen haben, die für sie als Autoritäten gelten. Denn diese "Autoritäten" sind weitgehend nur Autorität durch akademische Exzellenz.

So werden denn auch Plaketten, linke Ideen, Aufkleber... zu Fettschen, d.h. ihre ursprüngliche Signalfunktion ist verloren gegangen, sie haben sich vereinfacht. Genau in diesem Rahmen gehören denn auch die schon genannten autoritären Attitüden, die dann nur Anweisung für Zugehörigkeit zur "Elite", nur Gruppennorm der "linken intellektuellen Privilegierten" sind.

Wo akademisches Wissen da ist, bleibt es weitgehend akademisch, oder wird "praktisch" allein in Fettschen und Attitüden oder - was noch schlimmer ist - die Gefahr des Aktivismus, der sich an nicht hinreichend reflektierten Begriffen orientiert.

(Im Übrigen bin ich der Meinung, daß man weniger Texte über die Strukturkrise des SDS E-W interpretieren, als vielmehr dieser Krise an die Wurzel gehen sollte.)

f. Haicken

MODELL DER DREI EBENEN UND ZWEI RÄTE

Das für den SDS noch junge Selbstverständnis als revolutionärer Verband arbeitender Kollektive an der Universität hat bis heute keine radikale Überprüfung der aus sozialdemokratischen Zeiten überkommenen Verbandsorganisation bewirkt. Auch heute, da die Revolutionierung der Hochschulen vom SDS nur als Teil der sozialen Revolution begriffen werden kann, und in Gesamt- Westdeutschland unabhängig von einander ähnliche Modelle revolutionärer Arbeit an der gesellschaftlichen Basis entwickelt wurden, werden die organisatorischen Strukturen, Ausdruck einer Parteilichkeit sozialdemokratischer Prägung, konserviert.

Das Unbehagen darüber, daß die Organisation und Koordination dezentralisierter Arbeit den revolutionären Zielen und den bereits praktisch verwerteten Methoden nicht annähernd genügt, wird sogar von denen artikuliert, die ein Interesse daran haben, die bisherigen Verbandsstrukturen im wesentlichen zu erhalten.

Da wird dieses Unbehagen in Form der stramm zentralistischen Konzeption eines reisenden Schulungskaders - mit plebiszitären Almosen verbrüt - an den Mann gebracht: Der kurzfristigen Attraktivität der von Bundeskommissären bereisten Universitätsguppe und die Hoffnung auf deren baldige Wiederkehr wird die langfristige von der Gruppe selbst zu leistende Schulungsarbeit geopfert.

Zudem wird ein zentralistischer Kader, der sich theoretisch wie politisch für den Gesamtverband verantwortlich fühlt, in Situationen spontaner Massenmobilisierung immer eine opportunistische Abweglungspolitik betreiben müssen, da in einem gleich wie zentralistisch strukturierten SDS die Illegalisierung des Verbandes die Liquidierung der Basis nach sich zieht.

Die "ausenpolitischen" Rätetheoretiker des SDS - man hat ihre gut-herzigen Ratschläge an die Genossen in der CSSR, der Sowjetunion und Frankreich noch im Ohr - sollten die ihnen mitvertratenen Maxime der Einheit von Theorie und Praxis nochmals überdenken. Sollten diese gleichen Rätetheoretiker, sei es aus Zweckpessimismus, sei es aus elitären Motiven, den Versuch, den Verband nach rätedemokratischen Prinzipien neu zu organisieren mit dem Versuch der Liquidierung des Verbandes gleichzusetzen, muß ihnen entgegengehalten werden, daß für den SDS gerade in der jetzigen Situation die Einführung eines zentralistischen Organisationschemas die endgültige Aufgabe der Basis innerhalb des Verbandes selbst bedeutet.

Nur mittels rätedemokratischer Kriterien, d.h.: permanenter Kontrolle durch die Basis, direkte Abwählbarkeit, imperatives Mandat und Delegation, ist der von uns selbst an unsere Arbeit gestellte Anspruch zu realisieren.

Davon ausgehend ist eine Organisationsform zu entwickeln, die dem Inhalt der Dezentralisation und Reintegration gerecht werden muß.

Warum Dezentralisierung?

Unsere Schwächeposition und die faktische Überlegenheit unserer zentralistisch organisierten Gegner auf allen Gebieten macht, wie sich aus der Praxis der revolutionären Bewegungen in der 3. Welt und den Metropolen nachweisen läßt, es notwendig, unseren Kampf dezentralisiert zu organisieren, um 1) als Organisation zu überleben und 2) alle Kräfte, die zum faktischen Widerstand bereit sind, zu entfalten und somit den Kampf optimal auszuweiten. Der SDS wird sich auf Grund seines Selbstverständnisses derart organisieren, daß nicht weiterhin durch die Perpetuierung autoritärer Strukturen die Selbstinitiative an der Basis, die Selbstorganisation der Gruppen, mithin die Revolutionierung der Revolutionäre verhindert wird. Unsere Kritik an Herrschaftsstrukturen muß sich in der Organisation des Verbandes positiv konkret als Gegenmodell ausdrücken.

3. zur Reintegration ?
Dezentralisierung aus nicht Isolierung der autonomen arbeitenden Projekte bedeuten und damit zur Auflösung des Verbandsführer-Konzepts des Verbands. In Verbindung lebendiger arbeitender Genossen stellt sich mittels ihrer selbstverfügbaren Kommunikation und Kooperation auf einer qualitativ höheren Stufe als bei jedem zentralistischen Modell her. Diese Reintegration dezentralisierter Projekte ermöglicht die in gemeinsamer und verbandsverbindlicher Strategie angelegte Aktionsmacht.

Wir haben die rätendemokratischen Maximen, die sich mit unseren Anspruch revolutionärer Praxis decken, zum Inhalt einer Vorstellung von Organisation gemacht, um in der Diskussion der Situation und Struktur des Verbands die Chance ihrer Verwirklichung zu überprüfen. Da wir glauben, daß die unabhängig von ein oder in allen Gruppen entstandenen Projekt- und Arbeitsgruppen in beobachtbarer Zukunft das revolutionäre Subjekt sein werden, haben wir das durch diese Selbstinitiative intendierte Modell konsequent auf die Ebene des Verbands - vermittelt durch regionale Räteorganisation - übertragen. So ergibt sich ein Modell der Gliederung in drei Ebenen und zwei Räten: Das Projekt- Regional- und Verbandsebene der Projekt- und der Zentralrat.

PROJEKTEBENE
Das Projekt
Die Notwendigkeit in der gegenwärtigen sich verschärfenden Situation neue Qualitäten des Widerstands zu gewinnen, vorliegt die Kollektivierung und Ökonomisierung auch der Lern- und Denkprozesse, die kollektive Verwertung theoretisch-praktischer Erkenntnisse.
Aus der Marx'schen Analyse des Selbstverwertungsprozesses des Kapitals und der Kritik der Fremdverwertung von Arbeit wird für uns ableitbar eine Strategie der Selbstverwertung der befreiten Arbeitskraft. Die teilweise Freisetzung von Arbeitskraft aus dem kapitalistischen Produktionsprozess, ganz gleich ob Betrieb oder Universität, ist ein erster Schritt zur Befreiung der Arbeit.
Dieser mit der Einsicht in diesen Zusammenhang organisatorisch einzuleitende Prozess erweist sich als notwendige Voraussetzung der Verhinderung der ständigen Gefahr der Reintegration in den Bereich der Fremdverwertung von Arbeit und somit als Voraussetzung revolutionärer Praxis.
Soll die Ökonomisierung der revolutionären Arbeit radikal, d.h.: erfolgreich sein, muß sie die gesamte erwerbsfähige Reproduktion der revolutionären Arbeitskraft erfassen und in ihrer Kooperation als Kommune kollektivieren. Die Ökonomisierung der revolutionären Arbeit verlangt mehr als die objektive Aufgabe des kollektiven - das Projekt - zu rationalisieren und arbeitsteilig zu bewältigen; es geht letztlich um die Aufhebung der Trennung von Privatleben, politischer und beruflicher (= Studium) Arbeit - um die Bewältigung der aus dieser Trennung resultierenden Entfremdung. Kommune heißt nicht nur Wohngemeinschaft von Genossen sondern in der Endkonsequenz Vergesellschaftung und Ökonomisierung aller privaten Bereiche. In der Gleichzeitigkeit und aus der Dialektik einer Politik nach außen - offensive Aktionen in die Gesellschaft zu tragen - und einer Politik nach innen - die Revolutionierung der Revolutionäre zu leisten - gewinnt das Projekt die entscheidende Durchschlagskraft seiner Praxis. Die Kommune wird die Revolutionierung der Revolutionäre und der Gesellschaft jedoch nur leisten, wenn es ihr gelingt die solchen Ansprüchen und Modellen der Organisation immanenten Gefahren der Perversion zur Arbeitslager oder die Aggression zum Amalierersatz zu blockieren.
Projekte revolutionärer Arbeit sind: Politisch-theoretische Themen, Seminararbeit in Schulen, Universitäten, betrieblichen Wohngebieten, militärisch wie paramilitärischen Organisationen und tagespolitisch

militante Produktion. Die Autonomie des Projekts wird letztlich eingeschränkt durch die Methoden der Kritik und Selbstkritik auf der plebiszitären Ebene der mit ihm kooperierenden Projekte, seine Funktion die Koordinierung mit parallelen Projekten bis in einen Supra-nationalen Rahmen realisiert das Projekt über seine Räte.

Versammlung der Projekte
Die Dezentralisierung der Projekte verlangt, um die Isolation zu verhindern und die Ökonomisierung zu ermöglichen, die Gleichzeitigkeit ihrer Reintegration. Die somit notwendige kollektive Instanz vermittelt die Informationen der Projekte und deren öffentliche Kritik. Sie kann sich nur zusammensetzen aus allen Mitgliedern der arbeitenden Projekte, als solche entwickelt sie plebiszitäre die Strukturen ihrer Basis und übernimmt deren lang- und kurzfristige Aktionspläne.
Projekttrat
Mit dieser Kollektivierung der Lern- und Entscheidungsprozesse entsteht das souveräne Willensbildungsorgan der jeweils kooperierenden Projekte. Die Organisation und Kontinuität der täglich politischen Arbeit und die imperative Vertretung der Gesamtheit auf den nächsthöheren organisatorischen Ebenen übernimmt ein von der Gesamtheit der Projekte delegierter, durch sie kontrollierter und permanent abwählbarer Rat.

REGIONALEBENE
Da es uns nötig erscheint, eine die Potenz der Projektebene überfordernde Intensität der Kommunikation zwischen den Genossen zu provozieren (man betrachte sich nur die frustrierende lokipolitische Entfremdung unter den Genossen) -
Da es uns nötig erscheint die Einschätzung der materiellen Kräfte der Revolution und Konterrevolution, als Ausdruck der gesellschaftlichen Widersprüche des regionalen Zielbereichs, zu ermöglichen und daraus gesamtregionale Kampagnen abzuleiten und verbindlich zu machen, -

Regionalkonferenz
Halten wir die Herstellung einer regionalen Aktionsmacht auf der Grundlage Plebiszitischer Regionalkonferenzen der Projekte für entscheidend. Für diese Regionalkonferenzen gelten die gleichen rätendemokratischen Kriterien, wie für das sich auf Projektebene konstituierende plebiszitäre Pendant - die Versammlung der Projekte -.
Somit qualifiziert sich diese Regionalkonferenz als souveränes Organ aller auf Regionalebene arbeitenden Projekte, das seine Vertretung auf Verbandsebene autonom bestimmt mit ihrem regionalpolitischen Auftrag zur Politik des Gesamtverbands. (Anm.: Um die Übervertretung der kleineren Gruppen innerhalb des durch dieses Modell erfassenen regionalen Raums zu blockieren und jeder Gruppe die Mobilisationseffekte solcher Konferenzen zukommen zu lassen, rotiert der Sitzungsort und damit die von jeweils einer Gruppe zu leistende Vorbereitung.)

REGIONALSPECHER
Die permanente Vertretung der Regionalkonferenzen auf Verbandsebene übernimmt das Kollektiv der Regionalsprecher als Zentralrat. Der Zentralrat besitzt keine Exekutivfunktion oder -gewalt, seine Hauptaufgabe ist es, Klarrichtungen zu schaffen, daß alle Informationen über Theorie und Praxis aller Arbeitsbereiche jederzeit abgerufen werden können. Der internationalistische Anspruch einer sozialistischen Bewegung fordert vom Zentralrat den Aufbau und die Aufrechterhaltung internationaler Verbandskontakte.
Analog den Aufgaben, die auf der Regionalebene gelöst werden müssen, erhebt sich auf der Verbandsebene die dringende Notwendigkeit, die auf der Regionalebene geleistete Analyse der materiellen Massenkräfte für Westdeutschland und Berlin West zusammenzufassen und unter Berücksichtigung der Rückwirkung der revolutionären Prozesse in der dritten Welt auf die westeuropäische Metropole eine Globale Strategie für den Gesamtverband zu entwickeln.

Die Umsetzung der Globalstrategie in Praxis obliegt wegen der regionalspezifischen Problematik der Taktik allein der funktionalen Autorität der regionalen Organe. Gerade weil die verbandsv-

bindliche Globalstrategie nur an der Basis der Projekte revolutionär realisiert werden kann, muß die Globalstrategie genau von denjenigen bestimmt werden, die die konkrete Arbeit leisten. Dieses höchste plebiszitäre Gremium des SDS ist notwendig die Zentralversammlung aller Projekte. (Anm.: Wenn es erforderlich ist, zu Ereignissen Stellung zu nehmen, ohne daß in der verfügbaren Zeit eine Zentralversammlung der Projekte stattfinden kann, übernimmt auf Grund der objektiven Bedingungen seiner Konstitution der Zentralrat die akute Vertretung des Verbandes.)

Für die 23. Delegiertenkonferenz des SDS besteht die Möglichkeit mit der jahrelangen Perpetuierung anachronistischer Organisation zu brechen und den sich zuspitzenden Widerspruch zwischen revolutionärer Arbeit und den Formen ihrer konkreten Vermittlung oder gerade nichtvermittlung durch die tatsächliche Revolutionierung der Organisation selbst zu lösen. Deshalb fordern wir die DK auf, in der sofortigen Diskussion der Situation und Struktur des Verbandes die Möglichkeiten der Verwirklichung räte-demokratischer Prinzipien zu prüfen; Darüber hinaus verlangen wir von der 23. DK des SDS hier und jetzt Regionalkonferenzen zu initiieren, um damit den Prozess der räte-demokratischen Umgestaltung des SDS bis in die verbandsebene voranzutreiben. Deshalb kann der zu wählende BV nur vorläufiger BV sein, mit dem imperativen Mandat der 23. DK des SDS, die Politik des "BRECHT DEM BV DIE GRÄTEN + ALLE MACHT DEN RAÏEN" mit aller Entschiedenheit zu unterstützen und zum Zeitpunkt der Konstituierung des Zentralrates zurücktreten.

VENCEREMOS
SDS Delegiertenkollektiv
Hamburg

ANHANG: Aus "Entwicklung des Heidelberger SDS seit Juni 1967"
Hochschulpolitik

Wie wenig die Vermittlung zwischen allgemeiner Politik und Hochschulpolitik gelungen war, zeigte sich bei dem von dem ASTA ausgerufenen Hochschulstreik gegen den bevorstehenden Erlaß des baden-württembergischen Hochschulgesetzes. Obwohl dieses ein go-in des SDS bei einer "vorläufigen Grundordnungskommission" vorausgegangen war, und der Streik in der Woche der Provisionsversuche gegen den Vietnam-Kongress in Berlin stattfand, gelang es nur unter dem Protest der Mehrheit der Studenten, das reaktionäre Hochschulgesetz in einem gesellschaftlichen Zusammenhang zu diskutieren. Die durch unsere allgemein politischen Aktionen mobilisierten Studenten nahmen offensichtlich an diesem viertägigen teach-in nicht teil und die anwesenden Studenten, auf nur gewerkschaftliche Themen fixiert, die sie entweder technistisch oder abstrakt abgehandelt wissen wollten, waren jeder "Ideologie" entschieden abhold. Gleichwohl wurde eine relativ scharfe Resolution, die jedes Hochschulgesetz ohne Dreiteilparität und Öffentlichkeit für alle Gremien die Zustimmung versagte, angenommen. Ein Aktionskomitee zur Vorbereitung einer zentralen Demonstration vor dem Stuttgarter Landtag wurde gewählt, indem alle SDS-Kandidaten vertreten waren. Das teach-in, in dem der SDS durch schneidende Forderungen des LSD und einzelner Studenten überboten wurde, glaubte offensichtlich keineswegs an die Möglichkeit der Durchsetzung seiner Resolution und war doch zu einer Analyse dieser Aussichtslosigkeit nicht zu bewegen. Darin zeigte sich einerseits das Mißtrauen gegenüber der parlamentarischen Institution des Landtags, andererseits aber die feste Entschlossenheit, an deren Legitimität nicht zu rütteln. Entsprechend gering war die Beteiligung an der Stuttgarter Demonstration, die übrigens denselben ambivalenten Charakter zeigte. Zudem waren die Forderungen des SDS (Dreiteilparität, Öffentlichkeit) zu abstrakt, daß sie von allen Studenten gestützt, aber von niemandem wirklich erkämpft wurden, lagen sie doch auf derselben bürokratischen Ebene wie das Gesetz selbst. Gerade das gewerkschaftliche Interesse der Studenten war auf dieser Ebene nicht wirklich mobilisierbar, weil der Druck offensichtlich sehr viel konkreter in Charakter der Lehrveranstaltungen, des Studienganges und der Prüfungsbedingungen empfunden wird, die weder durch das Gesetz noch durch unsere Forderungen berührt wurden. Der Gruppe selbst, die sich über allgemein politische Auseinandersetzungen konsolidiert hatte, fehlte jede hochschulpolitische Praxis und Erfahrung. Sie konnte deshalb auch keine Strategie zur Diskussion stellen, die sich anders als durch ihre abstrakte Heißtätigkeit von der der übrigen Hochschulgruppen unterscheiden hätte. Der hochschulpolitische Konflikt stellte sich dar als Konflikt mit dem Gesetzgeber, der Protest gegen die Ordinariatsuniversität hatte nicht zur Auseinandersetzung in der Universität geführt, wo allein er hätte konkret werden können. Umso fragwürdiger war unter diesen Bedingungen der Beschluß der Gruppe, für den ASTA-Vorsitz zu kandidieren, über dessen strategischen Stellenwert keinerlei bestimzte Vorstellungen bestanden, und der zudem immer in dem Dilemma stehen mußte, den Anspruch nach alle Studenten zu vertreten, obwohl nur eine Minderheit hinter dem SDS stand.

6. Eingriff in den baden-württembergischen Wahlkampf

Der Kampf gegen das Hochschulgesetz, das unmittelbar vor Semesterende erlassen wurde, ging direkt in die "Beteiligung" des SDS an Wahlkampf über - trat doch der nominelle Hauptverantwortliche für dieses Gesetz, Kultusminister Hahn, als Kandidat der CDU für Heidelberg auf. Doch erleichterte diese Tatsache lediglich die Mobilisierung der Studenten; entscheidend für den Beschluß der Gruppe, in den Wahlkampf einzugreifen, war sie jedoch nicht; dieser Beschluß wurde durch die Absicht begründet, einerseits eine Parlamentarismuskritik unter den mobilisierten Studenten in Gang zu bringen und andererseits die bestehenden Parteien durch Konfrontation mit inhaltlicher Argumentation zu entlarven und darüber